

## Der Beitrittsprozess

*Wer in Europa nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.*

*Walter Hollstein*

Bis zum tatsächlichen Beitritt der zehn neuen Mitglieder waren bzw. sind allerdings noch weitere Steine aus dem Weg zu räumen:

Der nächste Schritt war eine Abstimmung des Europäischen Parlaments am **9. April 2003**, die eine überwältigende Mehrheit zugunsten aller Kandidaten ergab.

Danach wurden die Beitrittsverträge am **16. April 2003** symbolschwanger unterhalb der Akropolis in Athen (Griechenland hat zu dieser Zeit ja die Präsidentschaft inne) unterzeichnet, obwohl zu diesem Zeitpunkt erst drei der Kandidaten Volksabstimmungen abgehalten haben, in denen die Bevölkerung dem Beitritt zugestimmt hat. Der Fahrplan dieser Referenden:

Land	Termin	Ja-Stimmen in %
Malta	8. März 2003	54
Slowenien	23. März 2003	90
Ungarn	12. April 2003	84
Litauen	10./11. Mai 2003	
Slowakei	16./17. Mai 2003	
Polen	8. Juni 2003	
Tschechien	15./16. Juni 2003	
Estland	14. September 2003	
Lettland	20. September 2003	
Zypern	nicht vorgesehen	

Noch immer nicht geklärt ist die Lage bezüglich Zypern, dessen Nordteil 1974 von türkischen Truppen besetzt wurde. Da aber diese Besetzung als völkerrechtswidrig gilt (lediglich die Türkei erkennt den Nordteil als eigenen Staat an), strebt die von den übrigen Staaten anerkannte südliche griechisch-zypriotische Regierung den EU-Beitritt ganz Zyperns an - in diesem Fall würden die EU-Regelungen freilich im Nordteil nicht angewendet werden. Daraus scheint ein Konflikt mit der Türkei vorprogrammiert zu sein: Wenn Zypern planmäßig mit 1. Mai 2004 Teil der Europäischen Union sein wird, befinden sich rund 30.000 türkische (und damit ausländische) Besatzungssoldaten auf dem Gebiet der EU ...

Der letzte Schritt zum Wirksamwerden des Beitritts ist die Zustimmung der bisherigen ("alten") Mitglieder. Da für diese Zustimmung Einstimmigkeit gefordert wird, wäre der gesamte Erweiterungsprozess blockiert, wenn sich auch nur ein einziges Mitglied dagegen ausspräche.

## Und der Rest Europas?

Absolut ungeklärt ist die Frage, ob Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (und insbesondere Russland selbst) jemals in die EU aufgenommen werden sollen; dieses Problem stellt sich derzeit auch nicht, da diese Staaten bisher noch keinen Antrag gestellt haben.

Anders liegt der Fall bei folgenden Staaten:

Die **Schweiz** hatte durch ihre Regierung zwar bereits 1992 einen Beitrittsantrag gestellt, doch haben sich dann die Bürger in einer Volksabstimmung gegen einen Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum (EWR = EU + EFTA)) ausgesprochen und damit auch eine Annäherung an die EU abgelehnt - ihre Liebe zur Unabhängigkeit ist eben noch immer sehr groß.

Die **Türkei** hatte ihren Antrag bereits 1987 eingebracht, bisher aber nicht mehr erreicht, als dass ihr 1999 der Status eines „Kandidaten“ zuerkannt wurde. Erst Ende 2004 will die Kommission entscheiden, ob die Türkei mittlerweile solche Fortschritte gemacht habe (vor allem in Hinblick auf ihre Wirtschaft sowie ihre Rechtsordnung), dass ein konkreter Beschluss über ein Datum zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gefasst werden kann – allerdings herrscht EU-weit große Uneinigkeit, ob die Türkei überhaupt jemals aufgenommen werden soll.

**Rumänien** und **Bulgarien** (allenfalls auch Kroatien) hingegen haben - bei Anhalten ihrer Europäisierung - gute Aussichten, bereits 2007 aufgenommen zu werden.

Keinen zeitlichen Horizont gibt es noch für die Aufnahme der (außer Slowenien) anderen Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien. Am ehesten ist wohl mit **Kroatien** zu rechnen, während **Bosnien und Herzegowina**, **Serbien** und **Montenegro** wohl noch einen längeren Prozess der Annäherung zu bewältigen haben. Ähnliches gilt auch für **Albanien**.

	Einwohner in Millionen	Inflationsrate in %	Arbeitslosenquote in %	BIP pro Kopf in % des EU-Durchschnitts
<b>EU-15</b>	370	1,9	7,7	100
<b>Österreich</b>	8,0	1,8	4,1	108
<b>Estland</b>	1,4	5,6	12,4	42
<b>Lettland</b>	2,4	2,5	13,1	33
<b>Litauen</b>	3,7	1,3	16,5	38
<b>Polen</b>	38,7	5,3	18,4	40
<b>Tschechische Republik</b>	10,3	4,5	8,0	57
<b>Slowakei</b>	5,4	10,8	19,4	48
<b>Ungarn</b>	10,1	9,1	5,7	51
<b>Slowenien</b>	2,0	8,6	5,7	69
<b>Malta</b>	0,4	2,5	6,5	55
<b>Zypern</b>	0,8	2,0	4,0	80
<b>Rumänien</b>	22,4	34,5	6,6	25
<b>Bulgarien</b>	7,9	7,4	19,9	28
<b>Türkei</b>	68,6	57,6	8,5	22

### *Das konkrete Verfahren*

Der Ablauf des Beitrittsverfahrens ist im Artikel „O“ des Vertrags von Maastricht geregelt.

Am Beginn stellt der beitrittswillige Staat seinen Antrag an den **Rat**. Hierauf erarbeitet die **Europäische Kommission** für den Rat eine vorläufige Stellungnahme, die sich mit den Mög-

lichkeiten eines Beitritts beschäftigt. Auf dieser Grundlage beschließt der **Rat**, ob mit dem betreffenden Staat Verhandlungen aufgenommen werden sollen oder nicht. Im Fall einer positiven Entscheidung werden die Verhandlungen von der jeweiligen **Präsidentschaft** der Union mit Unterstützung der Kommission geführt.

Ein wichtiger Teil der Verhandlungen ist das „Screening“; dabei wird Kapitel für Kapitel (z. B. Wissenschaft und Forschung, Industriepolitik, Umwelt usw.) durchgenommen - zur Kontrolle, ob die Bestimmungen vom Beitrittswerber erfüllt werden können.

Sind die Verhandlungen erfolgreich beendet, übergibt die Kommission ihre endgültige - nicht bindende - Stellungnahme dem **Rat**. Dieser entscheidet nun einstimmig, ob dem Antrag auf Beitritt entsprochen werden kann oder nicht.

Im positiven Fall muss nun das **Parlament** mit absoluter Mehrheit seiner Mitglieder der Aufnahme zustimmen. Erst nach dieser Zustimmung entscheidet der Rat auf Basis des Beitrittsvertrages endgültig.

Der letzte Schritt ist der einer **Ratifizierung** durch alle **Parlamente** der Mitgliedstaaten und des antragstellenden Staates.

Entscheidend für ein Zustandekommen der Erweiterung ist natürlich auch die Stimmung der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten.

Gemäß einer im Sommer 2002 durchgeführten Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zeigen die Österreicher die größte Zustimmung für eine EU-Mitgliedschaft Ungarns: 61% befürworten sie, nur 16% lehnen sie ab; Slowenien liegt mit 55% Zustimmung diesbezüglich an zweiter Stelle, während nur 42% für den Beitritt der Slowakei und 41% für den von Tschechien und Polen stimmen.